

Kleine Anfrage

Auftragsvergabe des Amts für Informatik

Frage von Landtagsabgeordneter Thomas Rehak

Antwort von Regierungschefin Brigitte Haas

Frage vom 03. Dezember 2025

Gemäss Budget 2026 belaufen sich die Betriebskosten für die Informatik auf rund CHF 14 Mio. Hinzu kommen knapp CHF 6 Mio. für externe Dienstleistungen. Für die in Liechtenstein ansässigen IT-Unternehmen ist der Zugang zu Aufträgen der Landesverwaltung von zentraler Bedeutung, sowohl zur Sicherung ihres Know-hows als auch zur weiteren Entwicklung ihrer Dienstleistungen und Kompetenzen.

Hierzu meine Fragen:

- * Wie hoch war beziehungsweise ist das Auftragsvolumen (in CHF) in den Jahren 2024 und 2025 für Softwarelizenzen und Softwareentwicklungen, aufgeschlüsselt nach Unternehmen aus Liechtenstein, der Schweiz, Österreich sowie anderen Ländern?
- * Wie hoch war beziehungsweise ist das Auftragsvolumen (in CHF) in den Jahren 2024 und 2025 für Cloudlösungen, Cyberresilienz und Druckerdienstleistungen, ebenfalls aufgeschlüsselt nach Unternehmen aus Liechtenstein, der Schweiz, Österreich und weiteren Ländern?
- * Wie hoch war beziehungsweise ist das Auftragsvolumen (in CHF) in den Jahren 2024 und 2025 für Hardwarebeschaffungen, wiederum gegliedert nach Unternehmen aus Liechtenstein, der Schweiz, Österreich und anderen Ländern?
- * Wie hoch war beziehungsweise ist das Auftragsvolumen (in CHF) in den Jahren 2024 und 2025 für sonstige Dienstleistungen, zum Beispiel Beratung, Projektleitung und so weiter, ebenfalls getrennt nach Unternehmen aus Liechtenstein, der Schweiz, Österreich und weiteren Ländern?
- * Welche Massnahmen unternimmt die Landesverwaltung beziehungsweise das Amt für Informatik, um die Cyberresilienz zu stärken beziehungsweise die Angriffsfläche zu minimieren und die Abhängigkeiten vom Ausland und «Hyperscalern» zu minimieren?

Antwort vom 05. Dezember 2025

zu Frage 1:

Gemäss den Bestimmungen des Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen erfolgt die Vergabe öffentlicher Aufträge nach den Grundsätzen der Transparenz, Gleichbehandlung und des Wettbewerbs. Entsprechend werden alle Eingaben unabhängig vom Sitz des Auftragnehmers gleichbehandelt und neutral bewertet. Vor der Zuschlagserteilung öffentlicher Aufträge im offenen Verfahren, im nicht offenen Verfahren, im Verhandlungsverfahren oder im wettbewerblichen Dialog durch das Land Liechtenstein werden zudem die betroffenen Berufsverbände und Wirtschaftsvereinigungen angehört und können Empfehlungen abgeben. Es werden beim Amt für Informatik keine Daten zum Sitz der Auftragnehmer geführt, da dies vergaberechtlich nicht vorgesehen ist. Alle Vergaben orientieren sich an den gesetzlichen Vorgaben und stellen sicher, dass die Grundprinzipien des öffentlichen Beschaffungswesens eingehalten werden.

Die Fachstelle für öffentliches Auftragswesen veröffentlicht gemäss Art. 52 des Gesetzes und Art. 51 der Verordnung über das Öffentliche Auftragswesen Auftragsstatistiken. In der Auftragsstatistik werden anhand der eingereichten Vergabevermerke unter anderem Daten erfasst zum geschätzten Gesamtwert aller vergebenen öffentlichen Aufträge sowie zur Anzahl und zum Gesamtwert der vergebenen öffentlichen Aufträge, aufgegliedert nach verschiedenen Faktoren wie beispielsweise dem Auftragswert, der angewendeten Verfahrensart, und andere.

zu Frage 2:

Siehe Antwort zu Frage 1.

zu Frage 3:

Siehe Antwort zu Frage 1.

zu Frage 4:

Siehe Antwort zu Frage 1.

zu Frage 5:

Wie in der Vergangenheit bereits mehrfach bei der Beantwortung von kleinen Anfragen ausgeführt, werden zur Erkennung und Abwehr von Cyberangriffen eine Vielzahl von organisatorischen wie auch technischen Massnahmen ergriffen. Diese Massnahmen betreffen sowohl den Schutz der gesamten Infrastruktur als auch den Schutz von einzelnen Systemen.

Zusätzlich stellt das Amt für Informatik die Cyberresilienz sicher, indem Systeme laufend gehärtet, sicherheitsrelevante Ereignisse überwacht, erkannte Vorfälle sofort behandelt sowie Wiederherstellungs- und Notfallprozesse regelmässig überprüft und verbessert werden. Zudem arbeitet das Amt für Informatik mit der Stabsstelle für Cybersicherheit sowie zusätzlich mit spezialisierten Partnern zusammen, um im Bedrohungsfall schnell und wirksam reagieren zu können.